

Łódź, Mittwoch, den 5. November 1919

Preis 25 Pfg.

## Englands Gedanken über die Zukunft des deutschen Außenhandels.

Der Gedanke, daß Deutschland in den nächsten Jahren ein ernstlicher Rivale irgend einer der alliierten Nationen auf dem Gebiete des Handels werden kann, wird nicht nur in denjenigen deutschen Kreisen, die sich in dieser Beziehung ein Urteil zu bilden am besten in der Lage sind, sondern auch von den jetzt zahlreich in Deutschland vertretenen Kaufleuten und Industriellen der Entente-Länder als unwahrscheinlich bezeichnet. Von einer drohenden Schleiendankkur von Seiten Deutschlands in Fertigfabrikaten, Chemikalien, Hartstoffen, Eisenwaren, Haushaltsgegenständen, Spielwaren, Kali u. s. w., kann niemals eine Rede sein. Schon zur Hebung seiner Valuta wird Deutschland die Auslandspreise so hoch als irgend möglich ansetzen. Wenn auch die für den Warenexport bestimmten Waren in Deutschland vorhanden wären, so sind sie doch höchstens in solchen Mengen vorrätig gewesen, daß sie in den Entente-Ländern Befriedigung nicht zu erwecken brauchten. Dies geben jetzt selbst diejenigen ausländischen Zünfte zu, die früher nie genug vor einer Ueberflutung der Auslandsmärkte durch Deutschland gewarnt haben. Daß Deutschland wieder genesen wird und daß dies nicht nur im Interesse Europas, sondern auch im wohlverstandenen englischen Interesse liegt, unterliegt heute auch in England keinem Zweifel. Die letzte Leipziger Messe ergab den Eindruck, daß die Deutschen sich mit gewohnter Elastizität an die Wiederaufbauarbeit herangemacht haben, ihre durch den Krieg zerstörten Industrien, namentlich durch Spezialisierung in mechanischen und elektrotechnischen Neuerungen, bei denen ausländische Rohstoffe und Kohle keine so große Rolle spielen, wieder aufzubauen und in diesen Artikeln auf den neutralen Märkten festen Fuß zu fassen.

Wenn sich auch in Deutschland die Ueberzeugung Bahn bricht, daß der Wiederaufbau nur mit Hilfe der Alliierten möglich ist, da namentlich der Ueberseehandel voll und ganz von ihnen abhängt, so ist man trotzdem hoffnungsvoll und freudig gestimmt.

Das Problem, das Deutschland heute lösen muß, ist einmal: Rohstoffe, deren es jetzt mehr noch als früher bedarf, bei dem jetzt völlig dahingeleugerten Wert der deutschen Valuta, möglichst vorteilhaft einzukaufen, andererseits; die ihm zur Verfügung stehenden Erzeugnisse, möglichst in vollem Ausmaß zu verkaufen. Diesen natürlichen Schwierigkeiten gegenüber bezieht Deutschland nach englischer Ansicht zwei Vorteile, die hoch bewertet werden können. Es stellt, da es inzwischen durch den niedrigen Stand der Valuta von den Entente-Ländern aufgekauft wurde, selbst einen großen Absatzmarkt dar, zweitens besitzt es ein mächtiges und geschultes Arbeiterheer, dessen Leistungen sich in der letzten Zeit bedeutend gehoben haben. Nach einem Berichte des Geheimrats Klotner, des Vorgesetzten des Ausschusses des Reiches für Eisen und Stahlwerke, hat ein großer Teil der schwerindustriellen Betriebe das Allortsystem wieder eingeführt. Die Arbeiter empfinden von Woche zu Woche mehr, daß dieses System sehr zu ihrem eigenen Nutzen arbeitet; infolgedessen haben auch die Betriebe steigende Arbeitsleistungen aufzuweisen.

Da ferner die Kohlenförderung in den rheinisch-westfälischen Gruben in guter Fortentwicklung steht und wohl von sämtlichen Becken, von einem Herausgehen der Förderleistungen gesprochen werden kann, so gewinnt Geheimrat Klotner den Eindruck, daß die Krankheit, welche durch den Hungerkrieg und die Revolution sich in den Reihen der Belegschaften breit gemacht hatte, allmählich verschwindet. Die Arbeiter kommen trotz mancher Ausstände noch und nach zur Ueberzeugung, daß auch ihr Wohl in intensiver Arbeit liegt.

Da Deutschland weiß, daß es sich auf eine Reihe von Jahren auf die dringendsten Lebensbedürfnisse beschränken muß und da es gewohnt ist, knapp zu rationieren, so wird es unter Ausschaltung aller Luxusbedürfnisse nur für eigene Arbeit erforderliche Rohstoffe einführen, in Wirklichkeit also nur den Wert seiner Arbeit exportieren. Hierdurch löst es auch die Zinsen und die ihm jetzt von Amerika und England einzuräumenden Kredite für Rohstoffe nach und nach zurückzahlen zu können. Wenn auch die Entente diese Kreditgewährung vorläufig noch als ein Handelspiel aufstellt, so muß sie doch im Interesse des Weltfriedens dieses Spiel wagen. Deutschland seinerseits strengt dagegen bei dieser so lebenswichtigen Arbeit alle

Geisteskraft an, um dieses Risiko zu mindern und einen Ausweg aus seiner wirtschaftlichen Notlage zu finden. Wenn es gelingt, Arbeit Ordnung und Ruhe gänzlich wiederherzustellen und auch zu erhalten, dann wird auch die Krisenzeit der Wiederaufstellung in den Friedensbetrieb ohne schwere neue Erschütterungen und ohne großes Risiko für die Entente vor sich gehen können. Daß dies Deutschland gelingen wird, ist heute schon englische Ueberzeugung. H. P.

## Bethmann Hollweg und die Friedensmöglichkeiten.

Aus Berlin wird gemeldet: Der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Friedensmöglichkeiten untersuchen soll, nahm die Arbeiten mit der Vernehmung des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg wieder auf.

Die Verhandlungen fanden diesmal im großen Saale des Hauptstaatsarchivs im Reichstagsgebäude statt. Um 1/11 Uhr eröffnete der Vorsitzende Abg. Warmuth die Sitzung und nahm zuerst die Vereidigung des Reichskanzlers vor, der in Begleitung seines einstigen Unterstaatssekretärs Wahnschaffe erschienen war. Er richtete an den früheren Reichskanzler folgende drei Kernfragen:

1. Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot vom 12. Dezember durch die Mittelmächte erfolgt, obgleich die Friedensaktion Wilsons durch Deutschland angezogen und bis spätestens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt war?

2. Aus welchen Gründen wurden Wilsons Bedingungen für die Verhängung der wirtschaftlichen Blockade nicht gegeben sein dürfen?

3. Aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung die von ihr angeregte Friedensaktion Wilsons nicht weiter betrieben und statt ihrer Zustimmung zur Führung des rücksichtslosen U-Bootkrieges gegeben?

Der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der gegenüber dem Vorsitzenden am heutigsten Platz genommen hatte, ging in längeren, weit auslaufenden Darlegungen auf den gesamten Fragenkomplex ein und sagte seine Antwort dahin zusammen:

Die Berliner Zentralkommission war zweifelhaft, ob der Friedensschritt Wilsons überhaupt erfolgen werde und ob er noch in eine günstige militärische Lage fallen würde. Die Berliner Zentralkommission lag daher vor, um den militärischen Zeitpunkt nicht zu verpassen und um durch eine öffentliche Aktion zu den Völkern der Entente vorzudringen, den Weg des öffentlichen Friedensangebots zu beschreiten. Zu der zweiten Frage äußerte sich der frühere Reichskanzler dahin, daß die positive ausgeführte Bitte um vertrauliche Mitteilung der Friedensbedingungen erst in die allerletzte Periode vor dem Bruch mit Amerika gefallen sei. Einen breiten Raum in seinen Betrachtungen nahm die Frage der Zustimmung zum U-Boot-Krieg ein. Die Oberste Seekriegsleitung forderte den U-Boot-Krieg. Dieser dieser Forderung der Obersten Seekriegsleitung stand ein gewaltiger Teil des Volkes. Mit erhobener Stimme schloß er, daß die Mehrheit des deutschen Volkes und seine gesetzliche Vertretung das Übergewicht der militärischen Leitung gewollt habe und daß es wohl nur einem Manne von der Autorität Bismarcks möglich gewesen wäre, auch in einer solchen Lage die Einheitlichkeit der Führung zu erzielen.

Die weitere Verhandlung wurde daraufhin vertagt.

## Die deutsche Antwort auf die Blockadenote.

Die im Auszug bereits kurz mitgeteilte Antwortnote der deutschen Regierung an die Verbändemächte auf die Einladung zur Beteiligung an der Blockade Konvention hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat ständig durch Wort und Tat bewiesen, daß sie sich der schweren Gefahren voll bewußt ist, die die Ausbreitung des Bolschewismus für Kultur und Wirtschaftlichen aller Völker bedeutet. Die deutsche Regierung hat selbst im eigenen Lande nicht unerhebliche kommunistische Bewegungen erlebt und sie mit Erfolg bekämpft. Sie war deshalb in der Lage, über Ursachen und Ausbreitung bolschewistischer Strömungen eigene Erfahrungen zu sammeln, auf Grund deren sie für ihre Pflicht hält, darauf hinzuwirken, daß ihr die von den alliierten und assoziierten Regierungen vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das bolschewistische Rußland den gewollten Zweck nicht zu entsprechen scheinen.

Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren die Wirkungen der Hungerblockade in ihrer ganzen Furchtbarkeit erlebt, es weiß, daß unter ihr in erster Linie Kinder, Greise, Frauen und Kranke, also an der Kriegsführung Unbeteiligte, in grausamer Weise gelitten haben. Es weiß auch, daß die Blockade auf die Seistesfassung der Bevölkerung in zerkleinerndem Sinne gewirkt und die anachronistischen Beweigungen nur gefördert hat, statt sie zu hemmen. Es steht zu befürchten, daß sich diese Erfahrungen in Rußland wiederholen würden. Zwangsmaßnahmen von außen gelten in Rußland immer als Werkzeug der Reaktion, die von demokratischen Elementen des Landes befeuert noch mehr gefördert wird als der Bolschewismus. So werden gerade die demokratischen Kräfte, das stärkste Element im Kampfe gegen den Bolschewismus, von ihrem Ziele abgelenkt und gelähmt. Die antibolschewistische Strömung, die sich tiefer in die Arbeiterklasse hinein erstreckt als es nach außen hin den Anschein hat, wird nicht durch wirtschaftliche Absperzung, sondern vielmehr dadurch gefährdet, daß sich der darniederliegenden russischen Volkswirtschaft Aussicht auf baldige Hilfe öffnet.

Nur von der Wiederherstellung des für den ruhigen Wiederaufbau Europas so notwendigen Kontakts mit anderen Völkern läßt sich eine Ausgleichung des politischen Lebens in Rußland an die europäischen Demokratien erhoffen.

Somit kommt, daß sowohl nach den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen, wie auch in besondere nach der Sägung des fünften Artikels des in der vorliegenden Falle Voraussetzungen für die Verhängung der wirtschaftlichen Blockade nicht gegeben sein dürfen.

Aus allen diesen Gründen hält die deutsche Regierung nach wie vor die von ihr vertretene Politik der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht nur für grundsätzlich richtig, sondern auch für tatsächlich zweckentsprechend. Daraus ändert auch der Umstand nichts, daß die Beteiligung Deutschlands an dem von den alliierten und assoziierten Regierungen geplanten Vorgehen nach Lage der Verhältnisse kaum von politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein würde, da Rußland zur See von den alliierten und assoziierten Regierungen blockiert ist und zu Lande eine gemeinsame deutsch-russische Grenze nach dem Inkrafttreten des Friedens nicht mehr bestehen wird. Die deutsche Regierung ist bereit, sich an der Aussprache über die in Betracht kommenden Fragen, deren völkerrechtliche Bedeutung sie gewöhnlich wertet, zu beteiligen. Sie wird sich an ihr irgendwie zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen, die das gemeinsame Ziel des Schutzes gegen den Bolschewismus erreichen helfen, gern anschließen. Die deutsche Regierung kann jedoch nicht umhin, in erster Form darauf aufmerksam zu machen, daß ein Zusammenwirken der Mächte nur dann erwünschlich sein könnte, wenn über der Erkenntnis des gemeinsamen Interesses auch die Achtung und lokale Anerkennung der gegenseitigen Rechte gesichert ist. Daß diese Voraussetzung vorliegt, kann aber solange kaum angenommen werden, als die alliierten und assoziierten Regierungen es für angängig erachten, in demselben Augenblick, in dem sie Deutschland zur Teilnahme an der Blockade auffordern, über deutsche Küsten und deutsche Schiffe selbst Blockademaßnahmen zu verhängen.

## Das Ende der bolschewistischen Gegenoffensive.

Lyon, 3. November. (Pat.)

Aus Reval wird gemeldet: Einem Heeresbericht aus dem Hauptquartier des Generals Judenitsch zufolge, kann man die bolschewistische Gegenoffensive westlich von Krasnojarsk als gänzlich eingestürzt betrachten. Die Armee Judenitsch ist zum Gegenangriff übergegangen, nahm 2000 Mann gefangen und erbeutete 16 Maschinengewehre sowie viel Kriegsmaterial. Nachdem die bolschewistische Gegenoffensive abgeschlagen war, schritten Judenitsch' Truppen vorwärts, obwohl sie aus Vorrätern beschossen wurden. Am rechten Flügel, südlich von Krasnojarsk und Pawlowa, ist die Lage unverändert. Aus kompetenter Quelle wird berichtet, daß die Nordarmee seit dem 11. Oktober über 30 000 Gefangene gemacht hat.

## Schwere Kämpfe bei Gatschina.

Paris, 3. November. (Pat.)

Schwedische Blätter melden das heftige Gefecht zwischen russischen Truppen in westlicher Richtung. Denselben Meldungen zufolge, steht die Armee Judenitsch bei Gatschina in schwerem Kampfe.

Wilna, 3. November. (Pat.)

Aus Rom wird gemeldet: Abteilungen Bernadets rückten von Bajkola bis Michelson in der Richtung Komos an der Linie Radziwilski-Konos vor.

## Die Aktion gegen Petersburg.

Lyon, 3. November. (Pat.)

Aus Helsinki wird gemeldet: Finnische Blätter veröffentlichen ein Interview mit Ejanoff, der in Helsinki eingetroffen ist um an den Beratungen der finnischen Regierung in der Frage der Aktion gegen Petersburg teilzunehmen. Ejanoff ist der Meinung, daß der Vormarsch Judenitsch' wegen der Operationen Bernadets aufgeschoben werden sei, da die Truppen Bernadets die Eisen zwingen, sie nach Lettland zu entsenden. Judenitsch konnten daher weder Munition noch Lebensmittel zugeführt werden. Ejanoff hat dem finnischen Minister des Auswärtigen eine Note zugehen lassen, in der die Bitte Ejanoffs zur Befreiung von Bernadets formell verlangt wird. In dieser Note erkennt Ejanoff die Unabhängigkeit Finnlands an und versichert, daß nur eine solche Intervention Finnlands zur wirtschaftlichen Hebung dieses Landes beitragen könne.

## Sokales.

Łódź, den 5. November 1919.

## Hauptversammlung der „Deutschen Selbsthilfe“ in Łódź.

Der hier seit dem Jahre 1915 bestehende Einkaufs- und Verbraucherverein „Deutsche Selbsthilfe“ hielt am verflochtenen Sonntag im Saale des Helenenbades die vierjährige Hauptversammlung seiner Mitglieder ab, die im 2. Termin um 5 Uhr nachmittags eröffnet wurde. Anwesend waren gegen 200 Mitglieder.

Herr o. Ludwig, Vorsitzender des Aufsichtsrates und Leiter der Versammlung, sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Mitglieder nur in geringer Zahl erschienen waren, worauf er dem Rechnungsführer Herrn Seidel das Wort zu folgendem Bericht erteilte.

Die Umsätze der „Deutschen Selbsthilfe“ sind im Vergleich zu anderen Jahren bedeutend gestiegen. Der Kassenumsatz vom 1. Oktober 1918 bis zum 30. September 1919 betrug 3 114 109 M. Die Warenumsätze betrugen während dieses Zeitraumes 1 829 905 M., gegen 1 022 000 M. des Vorjahres. Gebaut wurde umgelegt für 1 133 83 M., im Vorjahre nur für 265 000 M. Rohle und Holz wurden verkauft für 1 119 92 M., 1917/18 für 98 500 M. Der Gesamtumsatz des verflochtenen Geschäftsjahres beläuft sich demnach auf 3 074 931 M. gegen 1 385 000 M. im Vorjahre.

Der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Bauer, bot hierauf einen allgemeinen Bericht. Aus diesem ging hervor, daß das Anteilkapital der Mitglieder in Höhe von 48 600 M. in keinem Verhältnis zu dem erzielten Umsatz stand, so daß die Geschäftsführung ständig auf Kreditnahme angewiesen blieb. Die seitens der vorjährigen Hauptversammlung an die Mitglieder ergangene Bitte um Aufstellung der Anteile bis zu dem jetzt erforderlichen Betrage von 50 Mark hatte nur wenig Erfolg. Würden alle Mitglieder ihrer Verpflichtung nachkommen, worin ihnen durch bequeme Ratenzahlung Gelegenheit geboten wird, so könnte die „Deutsche Selbsthilfe“ aber genügend eigenes Kapital verfügen und brauche nicht teure Kredite in Anspruch zu nehmen. Die Verwaltung wäre dann auch in der Lage, weitere Zweigstellen zu eröffnen, was der Kaufkraft zuzuträhe. Der Bericht streifte den beständigsten Erfolg des Waren- und Warenhandels; bei dem Preismaterialien-Bericht ist dieser ein geringer zu nennen, da es im verflochtenen Jahre an diesem Artikel beinahe ganz fehlte. Trotz des hohen Gesamtumsatzes betrug der Uberschuß des verflochtenen Geschäftsjahres nur 1,6 Prozent, was sowohl auf die Verteuerung aller Unterhaltungsgegenstände wie auch auf den Brand der Verwaltung zurückzuführen ist, den Mitgliedern die Waren ohne bedeutende Aufschläge zu verabsorgen.

Herr Bauer kam sodann auf den inneren Betrieb zu sprechen. Er begründete, daß die von allen Haushalten so schmerzhaft empfundene Entlastung des Mitglieder aus dem Grunde erfolgt sei, weil er mit Verlusten für das Geschäft verurteilt war. Die Landleute lieferten gewöhnlich Milch, was der „Deutschen Selbsthilfe“ mehrmalige Straßungen an die Behörden einbrachte. Auch die Verarbeitung der Milch an Ort und Stelle erwies sich als unzulänglich. Beim











